

A stylized map of Georgia composed of a grid of grey dots, with several dots highlighted in red to represent specific locations or regions.

Leuchtturm der postsowjetischen Welt

Georgien hat gewählt und den Demokratie-Test vorerst bestanden

JULIA BLÄSIUS
Oktober 2016

- Aus den georgischen Parlamentswahlen ist der regierende »Georgische Traum« mit Abstand als stärkste Kraft hervorgegangen. Mit einem deutlich niedrigeren Stimmenanteil wird die »Vereinte Nationalbewegung« zweitstärkste Kraft. Die national-konservative »Allianz der Patrioten« schafft voraussichtlich nur knapp den Sprung ins Parlament.
- Der freie, kompetitive und weitgehend friedliche Verlauf der Wahlen ist eine Bestätigung für den fortschreitenden Demokratisierungsprozess in Georgien.
- Trotz der Enttäuschung der Bevölkerung hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung ist die Zufriedenheit der Menschen größer gewesen als bei den letzten Wahlen im Jahr 2012. Die Georgier_innen schätzen vor allem, dass ihr Land freier und pluralistischer geworden ist.
- Die »Vereinte Nationalbewegung« konnte sich seit der Wahlniederlage 2012 zwar teilweise erneuern, steht jedoch nach wie vor im Schatten von Micheil Saakaschwili. Der vielen für seinen autoritären Führungsstil in Erinnerung gebliebene Politiker hat das Wahlergebnis seiner Partei negativ beeinflusst.
- Ein zu eindeutiges Wahlergebnis birgt jedoch auch Gefahren für die junge Demokratie. Es begünstigt den Machtaufbau der Regierungspartei und die Einschränkung der Einflussmöglichkeiten der Opposition.

Bei den georgischen Parlamentswahlen am 8. Oktober 2016 wurde der seit 2012 regierende »Georgische Traum« (Georgian Dream for a Democratic Georgia) mit Abstand die stärkste Kraft. Der freie, kompetitive und weitgehend friedliche Verlauf der Wahlen ist eine Bestätigung für den fortschreitenden Demokratisierungsprozess Georgiens. Damit bleibt die kleine Südkaukasusrepublik eine Ausnahme in der postsowjetischen Welt. Die Wahlergebnisse versprechen zunächst eine stabile Regierung für herausfordernde Zeiten, bergen jedoch auch Gefahren für die junge Demokratie.

Eindeutiger Sieg für den »Georgischen Traum«

Bei der landesweiten Verhältniswahl, durch die 77 der 150 Parlamentssitze bestimmt werden, erhielt die Regierungspartei nach vorläufigen Ergebnissen 48,6 Prozent der Stimmen und damit 49 Sitze im Parlament. Die Partei »Vereinte Nationalbewegung« (United National Movement, UNM) des früheren georgischen Politikers und Präsidenten Micheil Saakaschwili wurde mit 27,1 Prozent der Stimmen und 28 Sitzen zweitstärkste Kraft. Darüber hinaus gelangt voraussichtlich nur der nationalkonservativen »Allianz der Patrioten« der Sprung ins Parlament. Die übrigen 73 Parlamentssitze werden durch Direktkandidat_innen aus ebenso vielen Wahlkreisen besetzt. Hier konnte sich der »Georgische Traum« trotz der hohen Hürde von 50 Prozent bereits im ersten Wahlgang 22 Mandate sichern; in fast allen anderen Wahlkreisen schickt er seine Kandidat_innen in die voraussichtlich Ende Oktober stattfindende Stichwahl, in der Regel gegen die Kandidaten_innen der UNM. Damit gilt als sicher, dass der »Georgische Traum« die Regierung ohne Koalitionspartner stellen kann.

Kompetitiver Wahlkampf ohne Inhalte

Die Vorwahlperiode in Georgien verlief im Vergleich zu früheren Wahlkämpfen relativ ruhig. Ausnahmen waren vereinzelte gewaltsame Zwischenfälle, wie ein Schusswechsel sowie die Explosion des Autos eines Oppositionspolitikers in der letzten Vorwahlwoche. In keinem der Fälle konnte jedoch bisher eine eindeutige Verbindung zum Wahlkampf sowie zu Verdächtigen hergestellt werden.

Alles wies auf einen fairen und freien Wahlverlauf hin. Internationale wie lokale Beobachter_innen attestier-

ten nur geringe Verstöße und Unregelmäßigkeiten in den Wochen vor dem Urnengang sowie bei der Wahl selbst. Gleichzeitig war der Wahlkampf kompetitiv: 19 Parteien und sechs Wahlbündnisse stellten sich zur Wahl und traten offen gegeneinander an. Dabei war insbesondere die Auseinandersetzung zwischen den beiden größten Parteien, dem »Georgischen Traum« und der UNM, scharf und polarisiert. Viele Anfeindungen und Anschuldigungen bezogen sich auf einzelne Personen; die Vermutungen oder Behauptungen konnten jedoch bis heute nicht eindeutig belegt werden.

Die UNM hatte vor den Wahlen ebenso wie der »Georgische Traum« einen Wahlsieg angekündigt. Bereits nach den ersten Hochrechnungen ließ sie daher verlauten, das Ergebnis nicht akzeptieren zu wollen. Ein Massenprotest, wie er bereits vor den Wahlen gelegentlich angekündigt worden war, scheint jedoch aufgrund der Stimmung in der Bevölkerung und der positiven internationalen Resonanz unwahrscheinlich.

Eine inhaltliche Auseinandersetzung fand im Wahlkampf kaum statt. Viele Parteien veröffentlichten ihre Parteiprogramme gar nicht oder erst kurz vor den Wahlen. Bei näherem Hinsehen herrscht zudem ein verblüffender Konsens zwischen Programmen und Vorhaben der konkurrierenden Parteien. Die Mehrheit der Parteien befürwortet die starke Westorientierung des Landes. Selbst die als pro-russisch geltende »Allianz der Patrioten« bekennt sich formal und in ihrem Programm zu diesem Kurs, wenngleich sie durch ihre nationalkonservative Rhetorik bisher dagegen arbeitet. Auch wirtschafts- und sozialpolitisch gibt es viele Überschneidungen, selbst zwischen »Traum« und »Nationalbewegung«. So streben alle Parteien nach einer maximal wirtschaftsfreundlichen Politik und stellen Unternehmerinteressen in den Vordergrund – das liberale Paradigma ist in Georgien noch immer dominant. Auch Steuersenkungen sind Konsens. Dabei gelingt es keiner Partei, zu erklären, wie dies mit der – ebenfalls von allen geforderten – Erhöhung staatlich finanzierter Sozialleistungen kompatibel sei.

Wirtschaftlicher Stillstand, doch positive demokratische Entwicklung

Dem »Georgischen Traum« ist ein eindeutiger Wahlsieg gelungen. Zwar ist die Ernüchterung bei der Bevölkerung hinsichtlich der wirtschaftlichen Situation groß – das

Land entwickelt sich nur schwach und aufgrund der sehr hohen Arbeitslosigkeit hat ein Großteil der Georgier_innen nach wie vor keinen Job oder kein sicheres Einkommen –, dennoch hat sich die soziale Situation leicht verbessert: Die Armutsquote ist gesunken, die Sozialhilfe leicht gestiegen und alle Georgier_innen haben seit ein paar Jahren das Recht auf eine kostenlose Basis-Gesundheitsversorgung. Vor allem ist das Land seit 2012 aber freier und pluralistischer geworden.

Zwischen den Parteien fanden in den letzten vier Jahren Diskussionen und Auseinandersetzungen zuvor ungekannten Ausmaßes statt. NGOs und Medien sind selbstbewusster und freier geworden und fungierten trotz Politisierung als »Watchdog« gegenüber Regierung und Opposition. Sowohl liberale als auch konservative Kräfte sind sichtbarer in der öffentlichen Diskussion als zuvor. Zusätzlich strahlt der noch relativ neue Premierminister, Giorgi Kwirikashwili, Pragmatismus und Vernunft aus und bedient damit die Sehnsucht der Georgier_innen nach Stabilität.

Die »Vereinte Nationalbewegung« hat sich seit den letzten Wahlen zwar teilweise erneuert, steht aber immer noch im Schatten ihres Übervaters, Micheil Saakaschwili, der mittlerweile Gouverneur von Odessa ist. Zwar werden ihm seine Verdienste bei der Staatsmodernisierung und Korruptionsbekämpfung weiterhin angerechnet, doch sind auch die Konsequenzen seines zunehmend autoritären Regierungsstils in den letzten Jahren seiner Amtszeit noch vielen Bürger_innen präsent. Ob die Revolutionsaufrufe vor den Wahlen tatsächlich von Saakaschwili kolportiert wurden, ist dabei unerheblich; man ist skeptisch gegenüber seinen Launen und seinem Hang zum Extremen und traut ihm diese als Anführer der Rosenrevolution in jedem Fall zu. Die Georgier_innen sind hingegen müde von Umstürzen, Chaos und Revolution und hoffen auf eine geordnete und demokratische Transformation.

Die Wahlbeteiligung von 51,6 Prozent, die damit fast zehn Prozentpunkte unter der von 2012 liegt, zeigt jedoch auch die Ernüchterung der georgischen Bevölkerung. Einerseits traut man vielen Parteien nicht zu, dass sie ihre Wahlversprechen einhalten können, andererseits ist die Kluft zwischen Bevölkerung und Parteien noch immer groß. In vielen Wahlkreisen, insbesondere außerhalb der Hauptstadt, bekommen die Wähler_innen ihre Abgeordneten nie zu Gesicht und haben erst recht kei-

nen Einfluss auf deren Wiederaufstellung, die alleine von der Parteispitze entschieden wird. Der Mangel an innerparteilicher Demokratie wirkt sich damit direkt auf die politische Kultur und die Nähe zwischen Wählerschaft und Parteien aus. Dies zeigte sich auch in dem Drittel der Wähler_innen, das Umfragen zufolge kurz vor den Wahlen noch gänzlich unentschieden war.

Fluch und Segen einer stabilen Regierung

Georgien benötigt angesichts der innen- und außenpolitischen Herausforderungen eine stabile Regierung, die einen moderaten Kurs verfolgt. Unklare Mehrheitsverhältnisse hätten ein Risiko für die junge Demokratie bedeutet. Dennoch wird sich erst zeigen müssen, wie stabil und geschlossen die Partei »Georgischer Traum« wirklich ist. Die neue Mannschaft im Parlament besteht mehrheitlich aus »neuen Gesichtern«, von denen die meisten zwar gut ausgebildet, politisch aber völlig unerfahren sind. Um eine überzeugende politische Kraft zu werden, müssen sie ihren gemeinsamen Nenner finden und sich auf eine Programmatik einigen. Zudem müssen sie das Macht- und Strategiezentrum der Partei neu definieren. Dazu gehört auch der Umgang mit dem Parteigründer Bidzina Iwanischwili, dem noch immer ein großer Einfluss auf die Partei nachgesagt wird.

Auch wenn viele Beobachter_innen bei diesen Wahlen die Abwesenheit eines »Erlösers« positiv aufgenommen haben, spielen sowohl Iwanischwili als auch Saakaschwili noch eine zentrale Rolle in ihren Parteien, ohne sich auf eine demokratische Legitimation stützen zu können. Geändert hat sich jedoch, dass diese informellen Einflüsse den Parteien mittlerweile eher schaden – ein Hinweis auf die zunehmende Reife des Elektors. Nicht nur die Regierungs- und die stärkste Oppositionspartei würden von einer Emanzipation von ihren Schöpfern profitieren, sondern auch die georgische Demokratie.

Schließlich ist in einer jungen Demokratie mit unreifen demokratischen Institutionen eine klare Mehrheit nicht nur Segen, sondern auch Fluch. Andere Beispiele in der Region zeigen, wie sehr politische Eliten dazu neigen, ihre Macht mit der Zeit stärker auszubauen. Eine zweite Amtszeit ist dazu prädestiniert, vor allem da nach der anstehenden Stichwahl Ende Oktober in vielen Wahlkreisen sogar eine verfassungsändernde Dreiviertel-



mehrheit der Regierungspartei möglich scheint. Bereits in der letzten Legislaturperiode stellte der »Georgische Traum« nach der Regierung schrittweise auch den Präsidenten sowie die Mehrheit der Bürgermeister auf lokaler Ebene. Auch der Einfluss im Bildungs- und Justizwesen nahm durch entsprechende personelle Besetzungen zu. Die Kontrollmechanismen innerhalb des politischen Systems sowie die Einflussmöglichkeiten der Opposition haben dadurch abgenommen.

Herausforderungen für die Demokratie

Um weiter auf dem Weg zu einer Demokratie nach europäischem Vorbild zu bleiben, müssen die demokratischen politischen Institutionen ausgebaut und eine klare Gewaltenteilung weiter abgesichert werden. Der Unabhängigkeit der Justiz kommt dabei eine entscheidende Rolle zu. Die Medien sowie eine unabhängige, kritische Zivilgesellschaft gewinnen als öffentliches Korrektiv weiter an Bedeutung. Darüber hinaus kann auch die fortschreitende Integration mit EU und NATO einen zentralen Beitrag leisten. Und schließlich müssen auch die Bürgerinnen und Bürger selbst zum Kontrollorgan ihrer politischen Führung werden. Sie müssen bei den nächsten Wahlen auf lokaler und nationaler Ebene wieder über die Führung ihres Landes abstimmen und dafür sorgen, dass ihr Land ein Leuchtturm inmitten autoritärer Regime bleibt.



Über die Autorin

Julia Bläsius ist seit 2013 Leiterin des Regionalbüros Südkaukasus der Friedrich-Ebert-Stiftung in Tiflis.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Mittel- und Osteuropa
Hiroshimastr. 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Matthias Jobelius, Leiter, Referat Mittel- und Osteuropa

Tel.: +49-30-269-35-7726 | Fax: +49-30-269-35-9250
<http://www.fes.de/international/moe>

Bestellungen/Kontakt:
info.moe@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.



ISBN
978-3-95861-620-2